

# Schwarz-gelbe Aussichten

*Gegenwind für die sozial-ökologische Beschaffung: Die neue Bundesregierung stellt die gerade erst erkämpfte Regelung für eine soziale und ökologische Auftragsvergabe wieder in Frage.*

TEXT: JOHANNA FINCKE (CIR)

**E**s sind frustrierende Zeilen für jeden, der in den vergangenen Jahren für die verbindliche soziale Verantwortung von Unternehmen gekämpft hat: „Die deutsche Wirtschaft braucht ein leistungsfähiges, transparentes, mittelstandsgerechtes und unbürokratisches Vergaberecht (...). Die 2009 eingeführte Berücksichtigung vergabefremder Aspekte wird in ihren Wirkungen geprüft und gegebenenfalls korrigiert“, stellen CDU/CSU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag fest. Und das, obwohl eine im Sommer publizierte EU-Studie zu einem miserablen Ergebnis für Deutschland kommt: Allein für Produkte und Dienstleistungen der öffentlichen Hand in Deutschland wird so viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wie die Gesamtemissionen der Schweiz betragen.

## Aktionsplan

Um in Sachen öko-fairer Beschaffung voranzukommen, hat die Christliche Initiative Romero im Sommer mit ihren BündnispartnerInnen im CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung einen Aktionsplan erarbeitet. Darin nennen wir der Bundesregierung konkrete Schritte, wie die öffentliche Hand sozial und ökologisch beschaffen kann. Nachholbedarf besteht: Österreich und

die Niederlande etwa beschaffen wesentlich sozialer und ökologischer.

Um auch die neue Regierung in Berlin von der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen öffentlichen Auftragsvergabe zu überzeugen, wurde den Generalsekretären von CDU und FDP zu Beginn der Koalitionsverhandlungen öffentlichkeitswirksam Marschgepäck überreicht, inklusive eines Appells von über 40 Organisationen, der Ausbeutung mit Steuergeldern ein Ende zu bereiten.

## Dynamik von unten

Das Augenmerk muss nun auf eine Dynamik von unten gerichtet werden, der sich Schwarz-Gelb nicht widersetzen kann: Kommunen und Länder mit konkreten Beschlüssen zu sozial-ökologischer Beschaffung werden Maßnahmen auf Bundesebene einfordern. Dafür braucht es viele lokale Gruppen und Initiativen, die den BürgermeisterInnen und den Landtagsabgeordneten Vorschläge unterbreiten. ■



**Protest für Verantwortung: Aktion vorm Bundestag im Oktober 2009. Infos zur Kampagne sowie eine Beratung zum Thema „Sozial-ökologische Beschaffung“ gibt es für Interessierte bei der CIR (Telefon 02 51 / 8 95 03).**